

## AKTUELL

KRITISCHER BERICHT IN KRISENZEITEN

# Kein Kernkraft-Revival

Raymond Klein

**Der Boom der Atomkraft wird nur herbeigeredet, belegt der „World Nuclear Industry Status Report“. Und er zeigt alte und neue, krisenbedingte Risiken dieser Energieform auf.**

„Es ist erstaunlich, wie sehr sich die Realität des Atomindustriesektors von der Wahrnehmung der Öffentlichkeit und zahlreicher Entscheidungsträger als blühende Zukunftstechnologie unterscheidet“, kommentierte Mycle Schneider am Mittwoch bei der Vorstellung des „World Nuclear Industry Status Report 2022“ (WNISR) in Berlin. In den Augen des Herausgebers dieses seit 2007 jährlich erscheinenden kritischen Berichts wird „das Revival der Atomindustrie“ nur herbeigeredet. Das fast 400 Seiten starke Dokument macht deutlich, dass diese Form der Energieerzeugung keineswegs erfolgreich ist, dafür aber viele alte – und ein paar neue – Probleme mit sich bringt.

Über die vermeintliche Klimafreundlichkeit hinaus hat die Gefährdung der Energieversorgung infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine den Atomlobbys neue Argumente geliefert. So befürwortet die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) eine „weltweite Transition in eine sicherere, stabilere und preisgünstigere energetische Zukunft“ und lobt die Kernenergie, die inmitten der Krisen von 2021 eine „sichere und zuverlässige emissionsarme Stromversorgung“ gewährleistet habe. Die Zahlen im WNISR sagen etwas anderes: Zwar ist die Leistung der AKW weltweit stabil, doch ihr Anteil an der gesamten elektrischen Energieerzeugung sank 2021 „mit 9,8 Prozent auf den niedrigsten Stand seit 40 Jahren, während der Anteil von Wind- und Solarkraft auf über 10 Prozent anstieg und damit die Atomkraft erstmalig überholte“, wie dem Communiqué der Heinrich-Böll-Stiftung zur Vorstellung des Berichts zu entnehmen ist.

Der WNISR hebt außerdem die zentrale Rolle Russlands bei der Errichtung neuer AKWs hervor und widmet dem Atomstaat Frankreich ein Unterkapitel mit dem vielsagenden Titel „Nuclear Unavailability Review 2021“. Wollte man tatsächlich verhindern, dass durch reguläre Stilllegungen weltweit die Zahl der Reaktoren ab 2024 sinkt, müsste man im Monatsrhythmus neue errichten – doppelt so schnell wie in den 2010er-Jahren. An diesem „stillen Atomausstieg“ ändert auch die deutsche kurzzeitige Lauf-

zeitverlängerung nichts, auf die der Bericht im Detail eingeht (woxx 1703).

Interessant sind die Ausführungen zur Verbindung zwischen IAEA und Weltklimarat (IPCC), die erklären, wie dessen Berichte es erleichtern, Atomenergie als effizienten Klimaschutz darzustellen. Der WNISR selbst untersucht weniger die Klimabilanz dieser Energietechnologie als ihre wahren Kosten und die technischen Schwierigkeiten bei neuen Projekten. Das Dokument ist betont sachlich gehalten – klassische Unfallrisiken und radioaktives Erbe werden vor allem indirekt dokumentiert. So ist ein Kapitel der Situation in Fukushima gewidmet, wo die Entsorgung über zehn Jahre nach dem Unfall nur schleppend vorangeht. Weltweit wurden bisher 204 Reaktoren stillgelegt, davon wurden aber nur 22 voll zurückgebaut und von diesen nur zehn Standorte wirklich saniert. Das ähnlich gelagerte, aber breitere Thema der nuklearen Abfälle wird ausdrücklich im Bericht ausgeklammert. Dafür ist einem „neuen“ Risiko ein ganzes Kapitel gewidmet: „Kernenergie und Krieg“.

## Kernkraft im Kriegsfall

So verdeutlicht der WNISR, dass die IAEA mit einer absurden Doppelaufgabe betraut ist: Kontrolle der Verbreitung von Atomwaffen und Förderung der Atomenergie. Die Rolle der Kernwaffen als Anreiz für die Nutzung der Nuklearenergie wird allerdings im Bericht nicht vertieft. Stattdessen geht es vor allem um die Risiken, denen AKWs im Rahmen von Kampfhandlungen ausgesetzt sind. „Im Kriegsfall gibt es viele Schwächen und potenziell absichtliche wie auch ungewollte Auswirkungen, sowohl innerhalb der Anlage als außerhalb, die zu einer Unterbrechung der Strom- und Wasserversorgung führen können“, heißt es im Bericht. Das Risiko einer Kernschmelze ist erheblich, denn „kein AKW weltweit wurde konzipiert, um unter Kriegsbedingungen zu funktionieren“. Die Einschätzung der Risiken sei im Mai 2022 vorgenommen worden, liest man weiter, und „es ist bemerkenswert, wie viele der theoretischen Annahmen offenbar in den folgenden Monaten in der Ukraine Realität wurden.“ Nicht zuletzt verdeutlicht der WNISR auch, dass die IAEA mit einer absurden Doppelaufgabe betraut ist: Kontrolle der Verbreitung von Atomwaffen und Förderung der Atomenergie.

## SHORT NEWS

## Bonneweg: Mitmischen beim Mobilitätsplang

(rg) – Im Februar 2021 hatte die Stadt Luxemburg ihren „Mobilitätsplang“ europaweit ausgeschrieben. Damit ist ein Verkehrsentwicklungsplan (VEP) gemeint, der in den kommenden 15 Jahren die Verteilung der für Mobilität genutzten Flächen nachhaltiger gestalten soll, zugleich aber die Lebensqualität in der Stadt erhalten, wenn nicht gar verbessern soll. „Eis Stad a.s.b.l.“ moniert allerdings, dass die von den Gemeindeverantwortlichen versprochene „umfassende (Bürger)-Beteiligung“ nur sehr bedingt zustande gekommen sei. Die bislang abgehaltenen Informationsveranstaltungen, eine Online-Umfrage und ein „Austauschtag“ auf der Pléss würden den internationalen Standards eines VEP jedenfalls nicht genügen. Dies will die Organisation jetzt nachholen. Am kommenden Samstag (8.10.) und am darauffolgenden Dienstag (11.10.) findet im bevölkerungsreichsten Stadtteil Luxemburgs deshalb eine allen Interessierten offenstehende VEP-konforme Doppelveranstaltung statt. Ein Spaziergang am Samstag (Treffpunkt um 10:30 Uhr an der Ecke rue du Cimetière/121, route de Thionville) soll den Bürger\*innen die Möglichkeit bieten ihre „persönlichen Problemstellen“ anzusprechen. Am Dienstag soll dann ab 18:30 Uhr im Bonneweger Kulturzentrum (rue des Ardennes) in Arbeitsgruppen und später in einem Plenum zur Zukunft der Mobilität im Viertel gearbeitet werden. Der dreistündige Abend wird von Francesco Viti, assoziierter Professor für Verkehrsplanung an der Uni Luxemburg, moderiert.

## Asti will künftig bei Bildungspolitik mitreden

(tj) – „Après quelques années de moindre implication dans les politiques d'éducation, notamment en raison de la priorisation de son action sur l'accueil et l'intégration de réfugiés, l'ASTI est de retour, avec la préoccupation centrale de l'égalité d'opportunité pour tous“, das teilte die Association de soutien aux travailleurs immigrés (Asti) diese Woche in einem Schreiben mit. Die Organisation bezieht dann auch gleich Position zu mehreren rezenten Änderungen im Bereich der formalen und non-formalen Bildung. Grundsätzlich begrüßt die Asti die Verlängerung der Schulpflicht (woxx 1667), als Mittel zur Bekämpfung von Schulabbrüchen reiche die Maßnahme jedoch nicht aus. Es genüge zudem nicht, lediglich die Kriterien eines qualitativ hochwertigen Schulunterrichts regelmäßig zu evaluieren und anzupassen. Auch die Frage, was eine gute Lehrkraft ausmacht, müsse stärker diskutiert werden. Des Weiteren äußert sich die Organisation zu dem im September in Kraft getretenen Gratisangebot der staatlichen Betreuungsstrukturen. So lobenswert der Schritt auch sei: Aufgrund von Platz- und Personalmangel könnten nicht alle Kinder davon profitieren. In diesem Zusammenhang plädiert die Asti für die Einführung einer Ganztagschule. Die größte Kritik gilt der neu eingeführten Hausaufgabenaufsicht im non-formalen Bildungsbereich (woxx 1699). Laut Gesetz darf das Personal in den Betreuungsstrukturen zwar auf Verständnisfragen eingehen, nicht aber den Lernstoff erklären. Das geht der Asti nicht weit genug: „les éducateurs des structures d'éducation et d'accueil devraient être autorisés à aider les enfants à faire ces devoirs!“

## Film Fund in schlechtem Licht

(is) – Nachdem die Zustände beim Luxemburger Film Fund bereits vor vier Jahren infolge eines Berichts des Finanzberatungsunternehmens Value Associates heiß diskutiert wurden, liegt seit dieser Woche ein Bericht des luxemburgischen Rechnungshofes über die Zustände in der Einrichtung vor. Er enthält keine bahnbrechenden Erkenntnisse, sondern unterstreicht vielmehr die Feststellungen von Value Associates, was Machtverhältnisse und Interessenkonflikte im Fonds betrifft. Dessen Direktor, Guy Daleiden, dominiere auf allen Ebenen. Diese Rolle stehe ihm laut Gesetz zur Regelung des Film Fund von 2014 aber auch zu, so der Rechnungshof, der empfiehlt, das Prinzip der „double signature“ einzuführen. Daleiden wäre dann nicht mehr alleiniger Entscheidungsträger; vor allem, wenn es um die Bewilligung finanzieller Zuschüsse geht. Der Fonds schreibt in seinem Kommentar zum Bericht: „Le Fonds vient d'adapter au début de cette année son Règlement d'ordre intérieur, qui renforce et modernise notamment le Règlement des signatures.“ Im Hinblick auf die Ausgaben des Fonds werde mittlerweile nach dem „principe des quatre yeux“ entschieden. Der Rechnungshof schlägt vor, sich den Film Fund regelmäßig vorzuknöpfen und das Gesetz von 2014 entsprechend anzupassen. Immerhin werde eine Vielzahl öffentlicher Institutionen turnusmäßig geprüft. Die Abgeordnetenkammer hatte den Rechnungshof 2019 mit der Anfertigung des Berichts beauftragt. Die Schwerpunkte lagen auf der allgemeinen Organisation des Fonds und den Finanzen, worunter auch die Handhabung von Zuschüssen und Investitionszertifikaten im audiovisuellen Bereich fallen.